

## **Stellungnahme einiger Mitglieder der Roten Beete zum Ausschlussverfahren zum Ende der Saison 2019/2020**

Wir haben vor kurzem den Ausschluss eines Mitglieds der Roten Beete angestrebt und befürwortet. An dieser Stelle möchten wir dazu Stellung nehmen und versuchen den Ablauf der Ereignisse und die Begründung nachvollziehbar darzustellen.

Das Mitglied hatte mehrere Demonstrationen und andere Formate als "Protest gegen die Corona Maßnahmen der Bundesregierung" angemeldet und mit organisiert. Wir sahen und sehen die auf den Demonstrationen vertretenen Positionen, aber auch andere öffentliche Äußerungen des Mitglieds, als nicht vereinbar mit der in unserem Statut festgehaltenen und in unserer Kooperative gelebten Grundhaltung.

### **Der Ausgangspunkt**

Höchstes Entscheidungsgremium unserer Kooperative ist das sechs-wöchentliche Treffen, welches für alle Mitglieder offen ist. Dort sind wir bestrebt basisdemokratisch Entscheidungen zu finden, also nach ausführlicher Diskussion einen Konsens zu finden, dem alle zustimmen können.

Der Einladung zum Treffen im Juni 2020 wurde 14 Tage vorab eine Beschlussvorlage für den Ausschluss eines Mitglieds mit ausführlicher Begründung beigefügt. Hierdurch wurde die Debatte eröffnet, jedoch keine Entscheidung getroffen. Das Mitglied wurde eine Woche vor dem Versand der Einladung zum Mitgliedertreffen darüber informiert, dass der Ausschluss vorgeschlagen wird.

Das Statut welches die Entscheidungsstrukturen regelt, wurde korrekt angewandt. Das Anstoßen eines Ausschlussverfahrens durch eine Einzelperson, wurde mit einem Verweis auf das Statut (Stand Juni 2020) begründet, indem es hieß :

“Daher wollen wir die folgenden Grundsätze verwirklichen:  
Ökologisch, Solidarisch, Gesellschaftspolitisch, Transparent und Partizipativ (...) Unsere Kooperative soll generell für alle Menschen egal welchen Alters, welcher Herkunft, welcher Religion offen sein. Menschen mit rassistischen, sexistischen oder sonst diskriminierenden Anschauungen können nicht Mitglied werden bzw. sein und werden ggf. ausgeschlossen.”

Ausgangspunkt der Argumentation für den beantragten Ausschluss waren und sind sowohl die verschriftlichten Ideale der Kooperative als auch deren praktische Ausgestaltung seit der Gründung der Roten Beete im Jahr 2011.

## **Grund des angestrebten Ausschlusses**

Bei den vom Mitglied organisierten öffentlichen Kundgebungen wurden Verschwörungsmithen verbreitet, offen und strukturell antisemitische sowie völkische Positionen vertreten.

So besteht zu recht die Sorge, dass diese Kundgebungen anti-emanzipatorischen Positionen und Weltbildern zu weiterer Reichweite verhelfen und damit zur Normalisierung dieser Positionen beitragen. Diese Positionen sind nicht mit dem zitierten Statut-Grundsatz und der gelebten Praxis innerhalb der Roten Beete vereinbar.

*Wir wollen begründen warum wir den Vorwurf für gerechtfertigt halten.*

### **1. Die Kundgebungen verbreiten Verschwörungsmithen**

Unsere Ausführungen beziehen sich auf Eindrücke vom Besuch der Kundgebungen, auf Video-Mitschnitte von dort gehaltenen Reden und auf die öffentlichen Auftritte der Bewegung im Internet.

Es ist zu beobachten, dass auf den Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen Erzählungen dominieren, die komplexe Zusammenhänge in ein stark vereinfachtes gut/böse bzw. Freund/Feind-Schema pressen. Die Erklärungen sind stark emotionalisiert und sollen dadurch gefühlten Zusammenhalt statt wissenschaftlichen Konsens stiften.

Beispiele für verschwörungstheoretische Positionen, die vertreten worden sind:

- die Behauptung, dass die Infektionsschutzmaßnahmen allein der Einschränkung der Grundrechte dienen
- die Behauptung, es wird ein Impfwang eingeführt werden und alle Menschen werden mit der Impfung „gechipt“
- die Behauptung, dass das RKI von Obduktionen abrät und Todeszahlen manipuliert
- die Vermutung, dass Bill Gates das RKI, die WHO, die Charité, Christian Drosten und diverse deutsche Medien kontrolliert
- die Rede von einer „totalitären (Corona-)Diktatur“
- die Rede von einer Machtelite, die hinter der Pandemie steckt oder von ihr profitiert
- Teilnehmer\*innen tragen Transparente der sog. Q-anon Bewegung/Theorie

## **2. Es werden offene sowie strukturelle antisemitische und völkische Positionen vertreten**

Wer nach dem Muster einer Bedrohung der Gesellschaft durch „eine kleine Gruppe Mächtiger“ argumentiert stellt sich in die Traditionslinie rechter und antisemitischer Propaganda und Verschwörungserzählungen. Die Geschichte zeigt, dass es gefährliche Konsequenzen hat, wenn für gesellschaftliche Probleme, eine bestimmte Gruppe von Menschen verantwortlich gemacht wird und den Mitgliedern dieser Gruppe bestimmte persönliche (negative) Eigenschaften zugesprochen werden.

Die Stereotype, mit denen die sogenannte „Machtelite“ beschrieben wird (hinterlistig, gierig, manipulativ; Kontrolle über Wirtschaft, Politik, Medien, Kultur, Bildung etc.), decken sich mit denen, die im Antisemitismus seit Jahrhunderten Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden und die in Deutschland zum Holocaust führten.

Das Erzeugen von Feindbildern und "Sündenböcken" hat letztlich die Funktion, Widersprüche aufzulösen und sich selbst als ehrlich arbeitende und gute (deutsche) Bürger\*innen darzustellen, die von schlechten Einflüssen bedroht werden.

Beispiele für antisemitische und völkische Positionen, die auf den Kundgebungen oder durch das Mitglied vertreten worden sind:

- die Aussage in einem Interview: „Wir kritisieren die Leute ja nicht, weil sie Juden sind. Wir kritisieren sie für das, was sie tun. Ich finde es gefährlich, dass Menschen mit so viel Geld auch so viel Einfluss bekommen können.“ Und „Ich bin wirklich nicht antisemitisch, ich möchte aber mal untersucht haben, wo das ganze Geld herkommt und wo es hingehet. Gut gewollt ist immer noch nicht gut gemacht.“
- der positive Bezug auf Autor\*innen, die den Holocaust leugnen oder relativieren (Ken Jebsen<sup>1</sup> u.a.)
- die herausgestellte Kritik am Einfluss jüdischer Familien auf Wirtschaft und Medien
- die Rede vom „Volk“ das „Werte“ und „Leistung schaffe“ - im unausgesprochenen Gegensatz zum „raffenden Finanzkapital“<sup>2</sup>

## **3. Die Bewegung Leipzig duldet und verwendet unerträgliche Vergleiche zum historischen Nationalsozialismus.**

Die Verharmlosung, Verklärung oder gar Leugnung des Holocaust ist seit jeher elementarer Bestandteil extrem rechter Politik. Die angeführten Vergleiche

<sup>1</sup> <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/nichts-gegen-juden/> (Zugriff: 08.10.2020)

<sup>2</sup> <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2020/05/Verschwoerungsideologische-Bewegung-in-Leipzig-waechst-organisierter-Gegenprotest-ab-Montag-330607> (Zugriff: 08.10.2020)

che öffnen Tür und Tor für die Verhöhnung der Opfer und die Zurückweisung historischer Schuld und gesellschaftlicher Verantwortung.

Beispiele für unerträgliche Vergleiche zum Nationalsozialismus sind:

- Im Header der Facebook-Seite der "Bewegung Leipzig" war lange Zeit ein Schild mit der Aufschrift "Impfen macht frei!" zu sehen. Dieses Transparent ist der zynischen Parole „Arbeit macht frei“ entlehnt, die über den Eingängen mehrere Konzentrations- und Vernichtungslager hing. Das Foto stammte von einer Kundgebung der Bewegung Leipzig. Dieser Vergleich ist eine nicht hinnehmbare Verharmlosung.<sup>3</sup>
- Ein Redner der Kundgebung vom 05.05.2020 trug ein Schild mit der Aufschrift: "1933: Reichtagsbrand; 2020: COVID-19; Staatsstreich!"<sup>4</sup>
- Am 09.05.2020 trug ein Teilnehmer eine Kopfbedeckung mit der Aufschrift: „Der Mundschutz ist das neue Hakenkreuz.“<sup>5</sup>
- Das auszuschließende Mitglied solidarisiert sich auf Twitter mit der Rechtsanwältin Beate Bahner. Diese nennt die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus „den schlimmsten weltweiten Angriff“ und die „menschenverachtendste Tyrannei, die die Welt jemals gesehen hat.“ Die Abschottung alter und kranker Menschen vergleicht Bahner mit der "Verfolgung und Ermordung der Juden und weiterer Bevölkerungsgruppen im Dritten Reich“

#### **4. Die Kundgebungen stärken rechte Diskurse und tragen zur Normalisierung rechter Positionen bei**

Die Zusammenarbeit mit Rechten und die Toleranz gegenüber ihren Positionen ist kein Zeichen von Demokratie. Denn Akteur\*innenn der extremen Rechten nutzen die Corona-Pandemie um für ihren gesellschaftlichen Umsturz zu werben und das Narrativ der sogenannten „Corona-Diktatur“ wird dabei als Grund angeführt. Auf diese Weise wollen sie angeblich die „Demokratie verteidigen“. Die (extrem) rechte Bewegung ist jedoch zutiefst antidemokratisch. Sie hält wie oben bewiesen, Menschen für ungleichwertig und propagiert starken Autoritarismus. Der Nationalsozialismus wird verharmlost oder sogar verherrlicht.

Die Verbindung von bereits genannten Verschwörungsideologien mit rechten, völkischen und antisemitischen Ansichten kann sich zu Gewalttaten zuspitzen,

---

3 [https://www.facebook.com/BewegungLeipzig/?hc\\_ref=ART\\_HcEi3nRJgs-u5-YaexUgLY9P1IEt-j9vn\\_uQ9qPm7NI9CoveZjD3S-fe7fyumrfo&fref=nf&\\_\\_tn\\_\\_=kC-R](https://www.facebook.com/BewegungLeipzig/?hc_ref=ART_HcEi3nRJgs-u5-YaexUgLY9P1IEt-j9vn_uQ9qPm7NI9CoveZjD3S-fe7fyumrfo&fref=nf&__tn__=kC-R) (Zugriff 24.06.2020)

4 <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2020/05/Kritikerinnen-der-Corona-Massnahmen-stossen-in-Leipzig-auf-immer-mehr-Widerstand-Video-329935> (Zugriff: 08.10.2020)

5 <https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2020/05/Verschwörungsideologische-Bewegung-in-Leipzig-wächst-organisierter-Gegenprotest-ab-Montag-330607> (Zugriff 08.10.2020)

wie die Anschläge in Pittsburgh, Christchurch, Poway, Halle und Hanau belegen.

Wir sehen daher bei den Organisator\*innen von politischen Versammlungen eine Verantwortung diese unerträglichen Vergleiche und Inhalte zu problematisieren und die Teilnehmer\*innen ggf. darauf anzusprechen. Eine solche Abgrenzung findet weder ausreichend auf den Kundgebungen der Bewegung statt, noch durch das Mitglied um dessen Ausschluss wir uns bemühten. Unter dem Deckmantel der Toleranz und einem „Querdenken“ werden rechte Positionen und Verschwörungstheorien geduldet. Daher muss sich die Bewegung den Vorwurf gefallen lassen rechte Bewegungen und ihre menschenfeindlichen Themen und Diskurse zu stärken.

Beispiele dafür wie extrem rechte Positionen geduldet werden.

- Auf der Kundgebung wird behauptet „die Antifa“ seien die neuen Faschisten.
- Ähnliches postuliert auch das betroffene Mitglied, wen es auf seinem Twitter Account postet: „Der heutige, neue Faschismus wird sich nicht Faschismus, sondern Antifaschismus nennen. Und er wird vorgeben, gegen den Faschismus zu kämpfen.“<sup>6</sup>
- In Reaktion auf die Aussage einer queeren Person, aus Angst vor Angriffen keine Regenbogenfahne aus dem Fenster zu hängen, meint das Mitglied, Rechte hätten ebenfalls Angst ihre Fahnen zu präsentieren. Strukturelle Homophobie wird damit dem Verbot von verfassungsfeindlichen Symbolen gleichgesetzt.<sup>7</sup>
- Das Mitglied wiederholt auf einer der Demos die von Heiko Schrang propagierte These, dass die Regierung schon 2012 einen Corona-Plan durchgespielt hat. Heiko Schrang ist ein rechter Autor, der sich in seinen Büchern und Texten rassistisch und antisemitisch äußert und sich klar antiemanzipatorisch positioniert. Nicht nur hier wird deutlich, dass viele der Parolen der Kundgebung rechten Medien entnommen sind.

## **5. Die Anti-Corona Kundgebungen sind nicht solidarisch**

Das Mitglied als auch Sprecher\*innen der Kundgebung fordern als Pandemie-Maßnahme die Isolation der sogenannten Risikogruppen auf unbestimmte Zeit, während die Mehrheitsgesellschaft zur alten Tagesordnung zurückkehren kann. Diese Ausgrenzung einer benachteiligten Minderheit entspricht unserer Meinung nach nicht dem solidarischen Grundsatz unserer Kooperative.

### **Warum symbolische Abgrenzung nicht ausreicht!**

---

<sup>6</sup> <https://twitter.com/Holderpolder/status/1155597583957536768> (Zugriff: 08.10.2020)

<sup>7</sup> <https://twitter.com/Holderpolder/status/1155600367255805953> (Zugriff: 08.10.2020)

Wir sind eine Gemüsekooperative die mehr sein will als eine erweiterte Gemüseliste. Aus der Analyse und Ablehnung von kapitalistischen Strukturen, Privateigentum an Land und Produktionsmitteln, einer industrialisierten Landwirtschaft, suchen und arbeiten wir an Strukturen, um Kollektivität, Konsentscheidungen, ökologischen Landbau für einen Bereich unserer Leben, der Gemüse- und damit Lebensmittelproduktion zu ermöglichen. Wir wollen keine rassistischen, sexistischen oder sonst diskriminierenden Aussagen und Handlungen in unserer Kooperative dulden, damit sich alle Mitglieder\*innen sicher fühlen können. Mit politischen Akteur\*innen, die mit Reichsbürger\_innen, Neonazis und anderen extremen Rechten keine Problem haben, wollen wir uns nicht gemein machen.

### **Zum Verfahren**

Mehrfach wurde das Mitglied gebeten, zu den Kritikpunkten Stellung zu nehmen. Es folgte jedoch lediglich eine pauschale Zurückweisung der Kritik ohne detailliert auf diese einzugehen. Außerdem wurden vom auszuschließendem Mitglied latente Drohungen formuliert. So wurde bspw. angekündigt, dass sich die Kooperative an dieser Frage wahrscheinlich spalten und auflösen werde. Das Mitglied sah sich mit angeblich ungerechtfertigten Diffamierungen und Verleumdungen konfrontiert.

Bereits vor dem ersten Treffen zur Diskussion des Ausschlusses hat das Mitglied selbst in einem sozialen Netzwerk die eigentlich interne Debatte öffentlich gemacht. Eine inhaltliche Positionierung und Auseinandersetzung mit den Vorwürfen blieb bis zum Schluss aus.

Im Internetforum der Kooperative entbrannte nach Bekanntwerden des Antrags auf Ausschluss eine kurze heftige Debatte in der auch weitere Mitglieder aus unserer Sicht problematische Positionen vertraten. In Folge dessen gab es bereits vorab mehrere Vetos, die den Ausschluss zunächst blockiert hätten. Die Beiträge blieben von den Befürworter\*innen des Ausschlusses nicht unkommentiert.

Im Vorfeld des Treffens wurde mit dem Mitglied außerdem ein Gespräch geführt, diese verblieb vor allem auf der Ebene von persönlichen Befindlichkeiten und ausweichenden Rechtfertigungen für das politische Agieren.

Die Ausgestaltung der Auseinandersetzungen innerhalb der Roten Beete obliegt in der Verantwortung aller. So sahen einige Mitglieder es als dringend notwendig dieses Gespräch zu führen und organisierten dieses, während einige sich davon nichts erhofften und kein Interesse daran hatten. Im Statut war diesbezüglich lediglich formuliert, dass es Vermittlungsversuche geben sollte, aber nicht muss.

Das auszuschließende Mitglied, als auch die drei Personen, welche ein Veto eingebracht hatten, waren beim Treffen nicht anwesend. Darüber hinaus war

betreffendes Mitglied zu keiner kritischen und inhaltlichen Auseinandersetzung bereit.

## **Der Ausgang**

Nachdem sich auf einem Mitgliedertreffen alle der mehr als 40 Teilnehmenden prinzipiell für einen Ausschluss ausgesprochen haben und das Protokoll verschickt wurde, traten das Mitglied und einige wenige Sympathisant\*innen auf eigenen Wunsch kurzfristig aus der Roten Beete aus. Das Ausschlussverfahren wäre ohne den freiwilligen Ausstieg in weiteren Treffen sehr wahrscheinlich fortgeführt worden.

Der Konflikt hat alle der über 40 Anwesenden des Treffens sehr beschäftigt, dies wurde in der sehr ausführlichen Abschlussrunde deutlich. Für viele war es positiv und wichtig, dass in der Kooperative politische Positionen diskutiert werden und nach Außen klar Haltung bezogen wird - gerade in Zeiten einer Zunahme von antisemitischen, rassistischen und faschistischen Bewegungen in Europa und weltweit.

Probleme in anderen Projekten der Solidarischen Landwirtschaft und der Wunsch auch intern für Transparenz zu sorgen, haben uns motiviert unsere Sicht auf die Vorgänge ausführlich zu schildern. Die AG Rechte Tendenzen des Bundesnetzwerks Solidarische Landwirtschaft arbeitet an Erfahrung- und Wissensaustausch im Umgang mit solchen und ähnlichen Fällen.

Innerhalb der Roten Beete gibt es außerdem die Bestrebung die Grundsätze im Statut nochmal deutlicher zu formulieren, wohlwissend, dass immer um die Interpretation und Auslegung der Formulierungen gestritten werden muss.